

Wolffsche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sächsen / Begründet 1704

Verlag: Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Dönhofs Al. 7) 3600—3665.
Fernverleger: Dönhofs 3686—3698. Telegramm: (A. Ullstein), Berlin.
Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatsheft 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M. Postgebühren), bei Postbestellung ausweichend 72 Pf. Bestelldruck.

10 Pf. [15 Pfr.] • Nr 209

Berlin

MITTWOCH, 3. MAI 1933

Verantwortlich für den Gesamtheft: Dr. Gerhard Thimm, Berlin.
Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26

MORGEN-AUSGABE

Japan sieht Blockadegespenster

Von unserem nach Ostasien entsandten
Sonderberichterstatter

TOKIO, IM APRIL.

Auf dem Schiff, das mich vom Hafen nach Kobe brachte, lernte ich in beständigem Zusammenfließen einen klugen, gebildeten Japaner kennen, der von Europa und Amerika aus jahrelangen Studien eine eigene und durchaus nicht falsche Auffassung hatte. Die Gefahr an der foranrückenden Küste entlang, durch die Inselgruppen des japanischen Hauptlandes und durch die japanische Binnensee brachte schon bald, doch an den meisten Stellen aus Gründen der Landesverteidigung eine Flottille vor sich, die die Unterhaltung immer wieder auf politische Fragen, wobei konnte man wahrnehmen, daß Japan sich in bestimmte Vorstellungen von der internationalen Politik hineinerwartet hat, und daß seine Sandlungen nur begriffen werden können, wenn man das Weltbild des Japaners kennt.

Der Japaner fühlt sich, trotz aller starken Sandlungen und Gesellen, doch recht. Wir in Europa würden die Geister Berge und die Zuspühung der Kage durch den Ausbruch Japans beklagen; denn aber einen starken Kriegsgang zu lösen, ist noch nur wenigstens ein wenigstens ein wenigstens Japan beugen, und zwar sowohl Volk als auch Führung, betrachtet die Befehle von Genf als Verschönerung, als Luftstrich für offene feindselige Sandlungen. Mein Schiffskamerad war nur der erste, aber nicht der einzige kluge Japaner, der mich nach den Wirkungen der englischen Blockade auf Deutschland ausfragte, und der wissen wollte, wie ein Sechzig-Millionen-Volk sich verhalten muß, wenn ihm plötzlich die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln abgeschnitten wird. Wie am Sonntag aufstehendes Ziel war für ihn ein U-Boot-Verkehr, jede offene Wasserstraße der Patrouillenabteilung eines Blockade-Greifkreuzers. Es hatte keinen oder jedenfalls nicht viel Sinn, über die technische, politische und strategische Unmöglichkeit einer internationalen Blockade gegen Japan mit ihm zu sprechen. Er hätte wohl mit dem Verstand den Hinweis jener Annahme eingesehen; Gefühl und Vorwitz geboten ihm aber, die Behauptung und die Möglichkeit eines solchen Schrittes ins Auge zu fassen und sich auf die dann eintretenden Folgen innerlich vorzubereiten.

Man muß sagen, daß die Japaner innerlich gut auf die etwaigen Folgen einer Blockade vorbereitet sind. Wo man diese Möglichkeiten erwägt, denkt man je auch bis zum bitteren Ende durch, und sollen jemals derartige Ereignisse gegen Japan gescheit und durchgeführt werden, so wird man auf Japan treffen, das wie ein Mann Widerstand bis zum letzten leisten wird. An diesem Punkt gibt es keine Parteienunterschiede, Japan ist darin absolut einig.

Aber während bei den meisten dieses Gefühl nur Grundmotiv einer Seelenstimmung und ohne praktische Konsequenzen für den Augenblick ist, beweist es bei vielen Japanern an leitender Stelle einen Bewußtseinszustand, für den man kein besten Willen mandamental den Ausdruck Sympathie nicht nennen kann. Zwei ist sicher bei diesen leitenden Männern der Wunsch, das Ausland eine einseitige Vorzugsstellung zu zeigen. Man ist also äußerlich aufgetreten, es ist eigentlich notwendig war. Man war sich sehr aus der Befürchtung, unfähig zu erscheinen. Man war unendlich hart, weil man glaubte, das Ausland könnte aus japanischer Nachgiebigkeit auf japanische Schwäche schließen. Japan hat sich in den letzten Wochen und Monaten lieber Feinde und Gegner gemacht, als daß es durch Entzünden in Nebenabsichten auch nur den leinsten Nutzen von „Angeltigkeit“ vernachlässigte. Das Spiel der „Bluffs“ ist jetzt nicht so weit getrieben worden, daß das Wort aufgenommen konnte: Japan läuft in einem Schilde vor der Brust herum: „Hier werden Kriegsgegner gesucht!“

Der Eindruck von dieser durch Misträuen noch weiter akzentuierten Einstellung mußte in Journalistenkreisen besonders ausgeprägt sein, weil die europäischen und amerikanischen Zeitungsleute in Tokio von einem Manne informiert wurden, der besonders von ihr belesen ist. Er hat die offizielle Sprache für das Auswärtige Amt. Er hat den ausländischen Zeitungsleuten das mit, was die Welt über Japan wissen will, er erklärt und erklärt in den Presseferenzen die japanische Politik, er vertritt also das offizielle Japan gegenüber der Weltpresse. Nicht alles, aber doch das meiste von dem, was in ausländischen Zeitungen als japanische Politik geschildert wird, hat seinen journalistischen Ausgangspunkt in seinem Amtszimmer an

August Winnig soll Gewerkschafts-Kommissar werden

Aktion gegen Freie Gewerkschaften im ganzen Reiche durchgeführt

Die Befestigung der Gewerkschaftshäuser der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem früheren Arbeiterbund angehörenden gewerkschaftlichen Organisationen ist im ganzen Reich ohne Zwischenfälle durchgeführt worden. Eine Reihe von Aktivistinnen wurde in Schanghai genommen. Sie werden in kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt werden, wenn ihre Geschäftsführung geprüft ist.

Staatspräsident Dr. Brüning hat dem Reichstagsler gefehlt über die Durchführung der Maßnahmen berichtet. Voraussetzungen sind schon in den nächsten Tagen, und zwar am Donnerstag, in einer Chefbesprechung der beteiligten Fachressorts über die weitere Behandlung der Gewerkschaftsfrage beraten werden. Damit würde die zunächst von der Nationalsozialistischen Partei — und nicht, wie es irrtümlich in unrennen geistigen Weltkreisen hieß, vom Reich, — durchgeführte Aktion gegen die Freien Gewerkschaften in ein Gewerkschaftsregime der Regierung für das gesamte Reichswesen einmünden.

Am Zusammenhang mit den Erörterungen über diese Fragen ist erneut die Idee eines Reichs-Kommissars für die Gewerkschaften aufgetaucht. Es heißt, daß der Kommissar schon in allererster Zeit ernannt werden solle. Im Vorbergründung steht dabei der ehemalige Oberpräsident von Ostpreußen, August Winnig, der seit längerer Zeit Schulungsleiter der R. S. D. D. geleitet hat, und mit dem auch bereits Gabe der wahren Würde eine unverwundliche Führungsnahme stattgefunden haben soll.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Reichs-Kommissars würde es gehören, die völlige Entpolitisierung der Gewerkschaften durchzuführen und Einheitsorganisationen der Arbeitnehmervertretungen zu verwirklichen. Für jede Gewerkschaft und Berufsgruppe würde je eine Gewerkschaft der Arbeiter und der Angestellten übrig bleiben. Die künftigen Einheitsgewerkschaften der Arbeiter würden vermutlich aus den Verbänden des heute unter nationalsozialistischer Führung stehenden Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entwickelt werden. Die christlichen Gewerkschaften, gegen die ein ähnliches Vorgehen wie gegen die freien Gewerkschaften einleiten nicht geplant ist, würden dann wohl auch in die künftigen Einheitsgewerkschaften eingegliedert werden.

Einfacher liegen die Verhältnisse bei den Angestellten-Gewerkschaften. Der Gesamtverband der Angestellten-Gewerkschaften, die Spitzenorganisation der Christlich-nationalen Angestelltenverbände, steht ebenso wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der dem freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsregime angehörend ist, bereits unter nationalsozialistischer Führung. Die Vereinheitlichung liegt hier also ohne neue Aktionen durchzuführen.

Bahrschiffliche würde die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) auch bei einer Neuordnung des Gewerkschaftswesens aufrechterhalten bleiben. Sie würden, wie bisher schon, weniger gewerkschaftliche Aufgaben zufallen; sie würde politische Vertretung der NSBO in den Betrieben bleiben.

Arbeiter-Kongress in Berlin

Über die Ziele der Aktion gegen die Freien Gewerkschaften sprach Dr. Brüning gestern im Bundtag. Er sagte u. a.:

Wir haben zwei große Säulen heute bereits werden: die Säule der Arbeitervertretung und die Säule der Angestelltenvertretung. Diese beiden großen Säulen werden in einer Spitze zusammengeführt: die Arbeiterfront. Wir werden bis Freitag dem Früher werden können, daß diese beiden großen Säulen gebildet sind, und am Mittwoch werden die Feigen des ersten deutschen Arbeiterkongresses hier in Berlin sein. Dort werden wir dem Früher die gebildete deutsche Arbeiterfront melden und den Führer bitten, daß er die Schirmherrschaft über diese Arbeiterfront übernimmt. Der Führer hat mit bereits zugestimmt, daß er mit Freunden der Schirmherr der deutschen Arbeiterfront sein will.

Das erste Ziel wird sein, daß die gesamte deutsche Arbeiterfront finanziell gesichert wird, damit wieder die finanzielle Sicherung für alle Renten und alle Bezüge der Invaliden und alle Bezüge der Arbeiterfront garantiert werden.

der Kaufmannschaft, der Willkürpolitik Taktos. Jedoch nicht alles, was in seinem Amtszimmer gesagt wird, geht in die Welt hinaus, denn das politische Gewissen von Journalisten ist zu empfindlich, als daß kritische oder sensationellen Neuierungen gelassen werden, die hier fallen. In seinem Auswärtigen Amt der Welt wird so deutlich gesprochen wie im Reichsamt; wollte man alle Ausdrücke, die für fremde Mächte und deren Politik benutzt werden, ungeschminkt übergeben, so würde man aus den diplomatischen Zwischenfällen nicht herauskommen. Die Zeitungsleute wissen, daß aus besonderen Gründen ihnen der starke Mann vorgeführt wird, und wenn das auch mit vollkommener Sicherheit, mit der ganzen Balance des Vertrauens gemacht wird, so ändert sich das doch nicht über die Willkür, die dahintersteht. In seinem Amtszimmer der Welt wird so deutlich gesprochen wie im Reichsamt; wollte man alle Ausdrücke, die für fremde Mächte und deren Politik benutzt werden, ungeschminkt übergeben, so würde man aus den diplomatischen Zwischenfällen nicht herauskommen. Die Zeitungsleute wissen, daß aus besonderen Gründen ihnen der starke Mann vorgeführt wird, und wenn das auch mit vollkommener Sicherheit, mit der ganzen Balance des Vertrauens gemacht wird, so ändert sich das doch nicht über die Willkür, die dahintersteht. In seinem Amtszimmer der Welt wird so deutlich gesprochen wie im Reichsamt; wollte man alle Ausdrücke, die für fremde Mächte und deren Politik benutzt werden, ungeschminkt übergeben, so würde man aus den diplomatischen Zwischenfällen nicht herauskommen. Die Zeitungsleute wissen, daß aus besonderen Gründen ihnen der starke Mann vorgeführt wird, und wenn das auch mit vollkommener Sicherheit, mit der ganzen Balance des Vertrauens gemacht wird, so ändert sich das doch nicht über die Willkür, die dahintersteht.

Aber zwischen dem Nichtblatte einer sensationellen Ausrufung und dem völligen Vergehen eines Straußendrucks ist ein Unterschied. Ob man will oder nicht, zur Urteilsabgabe werden diese Ausrufungen herangezogen, und so entsteht das Bild eines Japans, das nicht nur propagandistisch schießt be-

Wir werden die Vielheit der Verbände auflösen und in eine einzige Einheit zusammenführen. Das ist das Zweite. Und schließlich werden wir dann die beiden Säulen, Angestellte und Arbeiter, zusammenfassen in jene große Front der deutschen Arbeit. Wir werden dann ganz nach dem Baustein liefern zu dem Aufbau des neuen bürgerlichen Staates.

Es muß dann werden: Alle für einen und einer für alle. Der Sozialarbeiter hat einzustellen für den Bauarbeiter, der Metallarbeiter für den Eisenarbeiter, alle für einen und einer für alle. Wenn dieses große Ziel erreicht ist, dann ist der organische Aufbau der Arbeiterfront vollendet.

Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Brüning, hat zum Kommissar für die Arbeiterfront den Reichstagsabgeordneten Schumann und zum Kommissar für die Angestelltenfront den Reichstagsabgeordneten Forster-Danzig bestellt.

roten, sondern auch praktisch von schlechten Absichten befreit ist. Das Bild ist in der zweiten Hälfte falsch, um das noch einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen. An dem hervorzuhebenden Beispiel gesagt: Japan hatte in der Monatsfrist alle Grund- und angestrebten. Es hat die Welt aber nicht nur nicht auf die Vorhandenheit des Einheitsgewerkschafts, sondern auf keine Propaganda betrieben. Es hatte nicht nur nicht die einseitige Linie in seiner Politik gefunden oder die internen Streitigkeiten zwischen den einzelnen Ministerien beinigt, als die Schritte von Würden das mandatorische Abweiser einleiteten, — es hat darüber hinaus aus Empfindlichkeit und Überzeit über das erste Weltliche alles unterlassen, was zur Aufrechterhaltung hätte beitragen können, sondern nur aus als Einheiten ausgesetzt werden konnte. Und es hat heute so, als wäre ihm an dem Urteil der übrigen Welt überhaupt nichts mehr gelegen. Die Verstellung von einer absolut japanischen Welt hat eine offizielle Weltfeindschaft in Japan erzeugt, die die Politik befreit. Das muß man wissen, um Japans Sandlungen zu begreifen.

Und man wird in Amerika und Europa gut tun, diesen Weltbild einleitende Rechnung zu tragen, es in die praktische Politik als Faktor einzustellen. Wilhelm Schulze.

Rittergut Denzig B

Bericht der Vossischen Zeitung

STETTIN, IM APRIL

Das Bemühen der Landwirtschaft um einen geringeren Preisgrad ihrer Interessen hat die Jahre hindurch beständig. Den Folgen der schwachen Preise konnten sich kaum jemand entziehen. Dennoch gibt es in den großen landwirtschaftlichen Provinzen des Reiches Betriebe, die sich gleich Anlein aus der Waage abheben: sei es, daß bei ihnen die Rationalisierung am stärksten und geschäftlichen durchgeführt wurde; sei es, daß der Besitzer in der hervorragenden Ausstattung der Vieh- und Schafzucht einen Ausgangspunkt für Ausfälle in anderen Betriebszweigen zu finden vermochte; oder sei es der seltene Fall (weil es dafür kaum erfolgreiche Beispiele gibt), daß ein Landwirt mit seinen Produkten unmittelbar den Weg zum Konsumenten findet, oder er nicht nur Damer, sondern Bäcker, Schlichter, Mischhändler, alles in einem. So das Rittergut Denzig B in Pommern, das dem Rittergutbesitzer Franz Kurze gehört, ist eine solche Insel. Über durch die kleine Landwirtfamilie führt, trifft bei uns nicht nur Milch und Butter, sondern Landbrot und Gemüse, Fleisch und Wurstwaren anpreisen. Diese Erzeugnisse kommen also verarbeitend zum eigenen Produzenten.

Denzig B ist 5000 Morgen groß; 3000 Morgen sind bewaldet, 2600 Morgen sind Weide oder unter dem Pfluge. Das Rittergut, das durch Krieg und Inflation auseinander war, sollte für die Ausdehnung der Wirtschaft umgekehrt werden. Mit dem Gemüsegarten sind es. Neben Zug fuhr der Wagen nach der vier Kilometer entfernten Landstadt. Das Gelände war freilich nicht befruchtbar. Es war kein Weizen, weil der Boden zu stark mürbe; im Grunde war es kein Vorteil, weil der Unkraut gering und der Ertrag erheblich war. Eine große Sorge im Betriebsaufbau war dagegen schon nach der Anfallung die Frischmilchverarbeitung. Das Jungvieh sollte in der Zeit des größten Mastzustands besonders kräftig und zueinander gefüttert werden. Man brauchte gute Wagemilch, aber die Wagemilch war wohl nicht mehr gut, die nach langem Sten und Befahren nach vieltem Mias und Einflüssen abends aus der Molkerei zurückkam. So entstand die eigene Milchverarbeitung und der Gebalte, fortan nicht nur Gemüse, sondern Frischmilch, Butter und Käse dem nahen Städte anzubieten. Das war ein schöner Erfolg. Die Milch wurde statt der Molkerei dem Verbraucher zum billigen Händlerpreise abgegeben und eine sehr wichtige, für den Landwirt so empfindliche Ebene zwischen Erzeuger und Verbraucher überbrückt. Die Hofwaren, wie sich der Einkauf an eine Stelle zumutet, und Denzig B verfiel fortan über eine tägliche, wenn auch bescheidene Einnahme.

Neben dem Milchpreis waren die wechselnden Roggen- und Viehpreise die größte Sorge jedes Bauern. Im Gut stand der alte Vorkosten, der mit Holz gefeuert wird und nach der Ermüdung des Strohs auf den erhitzen Steinen bakt. Als einige Ständer gelegentlich richtiges Landbrot verlangten, wurde dieser Wunsch aus steinigen Vorkosten entwickelt und allmählich so geteilt, daß jetzt der ganze verkaufsfähige Roggen von Denzig B selbst verarbeitet wird. Nun können nur mehr die Viehpreise auf eigene Art zu stabilisieren. Der Weg zu diesem Ziele führte über eine kleine Schlächterei mit einer bescheidenen Stammfleischerei im Reiche. Dieses Geschäft wurde ausgebaut und damit das tiefe Gebiet in die Rechte gefügt. Der Viehhandel, der durch den täglichen Bedarf an Milch und Milchprodukten vergrößert werden mußte, wurde zum Produzenten für die eigene Schlächterei. Lebendgewicht im Sommer, Verlandgewicht im Winter, nach dem Auszuge. Der Preis wird in Zusammenhang mit den Summen festgesetzt.

Nach fast zehnjährigem Plänen ist es gelungen, einen landwirtschaftlichen Betrieb aus dem Bestehen des Gutes selbst zu lösen und auf täglichen Bedarf und Absatz umzustellen. Das Ergebnis sieht so aus:

Der Wald liefert Holz für Hausholz und Deputat, für Brennerei, Bäcker und Schlächterei (Holzen werden nicht verwendet);

die Brennerei (mit einem Kontingent von 106.000 Stiern) liefert den Spiritus zum Verkauf an die Monopolverwaltung, die Schlempe für die Viehwirtschaft;

der Ackerbau (2100 Morgen) liefert Kartoffeln und Gerste für die Brennerei, Roggen für die Bäcker, Hafer, Gerste, Heu und Kartoffeln für die Viehwirtschaft und eben die Reite als Absatzprodukt aus der Molkerei;

die Viehhaltung liefert den Bedarf für den Acker, Rinder und Schweine für die Schlächterei, Milch und Butter für den Konsumenten;

der Gemüsegarten liefert Kräuter für die Schlächterei, Gemüse für den Konsumenten.

Die trogenen Faktoren eines landwirtschaftlichen Betriebes, die Acker- und Viehwirtschaft, sind in Denzig B wiederum herausgearbeitet. Die rationelle Benutzung der Bodenfläche und Verwertung finden können, weil die Wirtschaftsfähigkeit mindestens ebenso wie in der gleichbleibenden Qualität der natürlichen Produkte wie in der Ertragssteigerung begründet liegt. Die bestehende Unabhängigkeit vom Händlermarkt vom Vorpreis entscheidet der Sorge vor den Auswürfen hergehender Preisbewegungen; der tägliche Absatz ergänzt diesen Vorteil durch die tägliche Einnahme, unabhängig von der Jahreszeit.

Diese Organisation ist für den Fremden wie für den Landwirt sehr verlockend, sie erfordert jedoch besondere Lebensbedingungen und offenbar auch eigene Kräfte. In dem Maße, wie sich die Selbstverwaltung und die Wirtschaftsfähigkeit finden können, wird die Wirtschaftsfähigkeit mindestens ebenso wie in der gleichbleibenden Qualität der natürlichen Produkte wie in der Ertragssteigerung begründet liegt. Die bestehende Unabhängigkeit vom Händlermarkt vom Vorpreis entscheidet der Sorge vor den Auswürfen hergehender Preisbewegungen; der tägliche Absatz ergänzt diesen Vorteil durch die tägliche Einnahme, unabhängig von der Jahreszeit.

fehlt jede Voraussetzung für solchen Betriebsaufbau. Das andere Erprobung für den Gelingen ist eine tüchtige und solide Wirtschaftsführung. In anderen Teilen des Reiches wurden solche Betriebsformen im großen Maß aufgegeben; sie haben auf die Dauer meist mit Verlusten gearbeitet und wurden jetzt schnell wieder juristisch-ökonomisch. Das gleiche Schicksal würde drohen, wenn man sich mit der

nächsten Landarbeit als Maßstab nicht begnügen und den Versuch entwickeln würde, weiter voranzubringen und „auszubauen“. Solcher Versuch erfordert eine Geschäftsspekulation, dessen Umfang aller Wahrscheinlichkeit den Vermögenswerten entsprechen werden. Es heißt immer: mit meinem Wollen in seinen Grenzen bleiben und im angemessenen Streife tüchtig arbeiten.
Georg Schroll.

Berlins neuer Rektor

Professor Eugen Fischer vom Universitäts-Senat gewählt

Am der Universität Berlin fand gestern, entsprechend dem Erlaß des Kultusministers Auf, die Wahl des Rektors für das Studienjahr 1923/24 statt. Als Kandidat des Senats Professor Ewald Kohnschlag wurde Professor Eugen Fischer, Ordinarius für Anthropologie und Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts, für Anthropologie menschliche Erblehre und Gegenstand, vom Senat gewählt.

Vor dem Beginn des Wahlganges hatte der Professor Fischer seinen die Erklärung abgegeben, daß in seinen Kreisen des Senats und der Studentenschaft die Ansicht herrsche, den bisherigen Rektor Professor Kohnschlag nicht mehr zu wählen, weil sie das Vertrauen hätten, daß dieser die Universität nie wieder im nationalen Geiste leiten und ihre Ehre, Würde und Freiheit wiederherstellen werde. Professor Kohnschlag hat aber, von seiner Weisheit abgesehen.

Die Detante der Philosophischen und der Medizinischen Fakultät wurden wiedergewählt: Professor Fritz Hartung, Ordinarius für Verfassungsgeschichte, und Professor Hermann Götze, Direktor der orthopädischen Universitätsklinik. Neugewählt wurde von der Juristischen Fakultät Professor Emil Demmann, Direktor des Instituts für Handels- und Wirtschaftsrecht, beider Leiter der Preussischen Akademie der Wissenschaften, und von der Theologischen Fakultät Professor Erich Seeberg, Direktor der kirchenhistorischen Abteilung des Theologischen Seminars.

*

Professor Eugen Fischer, der aus Karlsruhe kommt und im 59. Lebensjahre steht, habilitierte sich 1900 in Freiburg i. Br. für Anatomie und Anthropologie. Eine längere Studienreise führte ihn 1908 nach Südafrika zum Studium des Banturdenungsproblems. Sein Werk über die Rassenbiologie während des vier wissenschaftlichen Erforschung menschlicher Rassenführung ganz neue Bahnen und brachte die Anthropologie, die er gemeinsam mit Gustav Perinberg nach den sogenannten Menschlichen Regeln, die für die normale menschliche Rassenbildung gelten. Auf ein großer Teil der späteren Untersuchungen Fischers ist Rassenforschung auf streng wissenschaftlicher Grundlage gemindert. Er untersteht als die vier wichtigsten Rassen Europas die nordische, die alpine, die mediterrane und die dinarische, aber er verzicht auch nicht die „Mischstrophien von überall her.“

Im Jahre 1912 kam Fischer als Professor nach Würzburg, war im ersten Einwohnungs in mehreren Lagerten und wurde 1918 als Ordinarius nach Freiburg berufen. 1927 folgte er einem Ruf nach Berlin. In seinen Hauptwerken gehören die „Anthropologie“, die er gemeinsam mit Gustav Perinberg verfaßt, und das „Lehrbuch der Rassenhygiene“, das er gemeinsam mit Erwin Baur und Jenz veröffentlicht. Sein Daphner Institut, das ganz nach seinen Vorlesungen errichtet wurde, ist das einzige seiner Art auf der ganzen Erde. Arbeitsgebiete sind Erforschung, speziell Züchtungslehre, Eugenik und das Studium der Volkswirtschaft. Im Zusammenhang mit diesen Forschungen führte Fischer eine anthropologische Aufnahme im deutschen Reich durch, darüber berichtet das auf diesen Bände veranschlagte Werk „Deutsche Rassenkunde“, von dem bisher die ersten vier Bände erschienen sind.

Verkaufungen an der Universität Berlin

Der preussische Kultusminister Aul hat gestern auf Grund des Beschlusses des Senats eine Reihe von Professoren und Dozenten der Universität Berlin mit sofortiger Wirkung beurlaubt.

Unter den Beurlaubten befinden sich drei Ordinarien, deren Namen in der wissenschaftlichen Welt ganz bekannt sind: Fritz Hartung, Ordinarius für Verfassungsgeschichte, Philosophie und Direktor des Seminars für Orientalische Sprachen, bekannt durch wertvolle Arbeiten über den Islam und die alten Kulturen Sibiriens; Professor Julius Wolfson, Ordinarius für Letztliche und indogermanische Sprachwissenschaft, der Professor gleichzeitiger Studien über Kultur und Literatur Irlands, und Professor Emil Schür, Ordinarius für Mathematik (Algebra) und Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften, der wichtige Beiträge zur Gruppen-, Zahlen- und Funktionentheorie veröffentlichte.

Aus dem Kreise der Honorarprofessoren, außerordentlichen Professoren und Dozenten wurden beurlaubt: Professor Fritz Birtz, ein in Wissenschaft, Reimwissenschaft, Direktor der Zoonosen (Bau), Professor Franz Blumenbach (Kunsthistoriker), Professor Alfred Dief (Physik und Elektrotechnik), Professor Benno Cajes (Dermatologie, Gewerbe- und Sozialhygiene, freier Mitglied des Reichsausschusses und des Preussischen Landesgesundheitsrates), Dr. Konrad Cohn (Zoohilfswesen), Professor Oskar Fiebig (Rundfunk), Professor Hans Friedberg (Vergleichende Anatomie und Physiologie), Professor Friedrich Franz Friedmann (Zoohygiene und Zoologie), Professor Hermann Götze (Mathematik), Professor Ernst Götze (Physik), Professor Alfred Wolf (Physik und Elektrotechnik), Professor Benno Cajes (Dermatologie, Gewerbe- und Sozialhygiene, freier Mitglied des Reichsausschusses und des Preussischen Landesgesundheitsrates), Dr. Konrad Cohn (Zoohilfswesen), Professor Oskar Fiebig (Rundfunk), Professor Hans Friedberg (Vergleichende Anatomie und Physiologie), Professor Friedrich Franz Friedmann (Zoohygiene und Zoologie), Professor Hermann Götze (Mathematik), Professor Ernst Götze (Physik), Professor Alfred Wolf (Physik und Elektrotechnik), Professor Benno Cajes (Dermatologie, Gewerbe- und Sozialhygiene, freier Mitglied des Reichsausschusses und des Preussischen Landesgesundheitsrates).

schaff, Rechts- und Staatswissenschaft), Professor Walter Norden (Vollrechtswissenschaft) und Professor Hans Fingering (Blindheit).

Der Dozent Fritz Baur (Leiter der Reichsausschussstelle für landwirtschaftliche Marktfragen), Dr. Altag, Dr. Kurt Sängler (Staats- und Verwaltungswissenschaften, insbesondere Recht), Dr. Walter Landé (Staats- und Verwaltungswissenschaften) und Professor Alfred Wolff-Eisner (Amnialienlehre, Zoologie, Tierheilkunde) sind die erteilten Beurlaubungen mit sofortiger Wirkung entzogen worden.

Und in Köln

Am der Universität Köln wurden gestern beurlaubt: Die Ordinarien Professor Eugen Schmalenbach (Betriebswirtschaftslehre), Professor Benno Schmittmann (Sozialwissenschaft und Politik) und Professor Dr. Spitzer (Romanische und vergleichende Sprachwissenschaft).

Die außerordentlichen Professoren und Dozenten Oberregierungsrat A. Meyer (Verwaltungs- und Fachschulwesen), Professor Walter Braunfels (Musik), Professor Cohn-Bojlen (Mathematik), Professor Emil Cich (Betriebswirtschaftslehre), Professor Paul Hönigsberg (Zoologie, Ethnologie, Religionswissenschaft) und Professor Julius Lips (Ethnologie und Zoologie).

Boykott

gegen Berliner Professoren

Die Studentenschaft der Universität Berlin veröffentlicht folgenden Aufruf: „Die Führung der jetzt wieder staatlich anerkannten Studentenschaft der Universität Berlin hält es für eine ihrer wesentlichsten Aufgaben, darauf zu sorgen, daß im kommenden Semester die Universität von Zwischenfällen irgendwelcher Art unter allen Umständen verschont bleibt. Es werden daher im nächsten Semester noch eine Anzahl jüdischer Professoren, die nicht unter die Bestimmungen des Beurlaubungsbeschlusses fallen, an der Universität Berlin ihre Vorlesungen abhalten. Es trägt der geistigen Erneuerung der Hochschule nicht nur die Studenten, sondern indem sie die Hochschullehrer als die besten geeigneten Führer seien. Die Studenten wollen ihren Vorkurs wieder erfolgreich leisten können. Zudem können sie nicht Führer der Studenten sein. Der deutsche Student wehrte sich deshalb dagegen, die Grundlagen seines Denkens und Wissens von Juden übermittelt zu erhalten. Im kommenden Sommersemester ist es Pflicht jedes deutschen Studenten, weder bei jüdischen Dozenten Vorlesungen zu besuchen noch zu hören. Wer diese Verpflichtung nicht erkennt, stellt sich demnach außerhalb der Reihen der deutschen Studentenschaft.“

Muß fordert Disziplin

Kultusminister Aul hat einen Erlaß an die preussischen Studentenschaften gerichtet, in dem es heißt:

„Daß auch in der Erfüllung dieser großen und ehrenvollen Aufgabe nicht durch Eingelungen einzelner Hochschullehrer behindert, die in diesen Tagen eine deutschen Arbeiterbewegung in völliger Verneinung der Lage durch betrieblige Erklärungen das junge Deutschland herausfordern. Ich werde mich Schirmmaßnahmen eines Arbeitseinsatzes an den preussischen Hochschulen auf beiden Seiten entgegenzusetzen müssen. Ich werde Studenten, die sich zu störenden Aktionen an den Hochschulen misbrauchen, ebenso vom Hochschulstudium ausschließen, wie ich Lehrer, die unter denselben Hochschullehrern und damit das neue Deutschland vor der Welt durch unzeitgemäße und unbedeutende Erklärungen demütigen, nach den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz des deutschen Berufsstandes von den Vorlesungen der preussischen Hochschulen zu entziehen müssen werde.“

Die Leitung der Hochschule für Politik

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat den Rektor der Universität Jena, Professor Dr. E. Geige, zum kulturell-politischen Leiter der Hochschule für Politik ernannt. Professor Geige wird diese Leitung von Weimar aus bewirken.

Sindenburg dankt Göring

Der Reichspräsident hat an den Preussischen Ministerpräsidenten Göring folgenden handschriftlichen Gedicht:

„Für die Ehre, die Sie mir durch die Benennung des neuen Großschlusses der Luftkammer mit meinem Namen erwiesen haben, lasse ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Ich darf Sie zu gleich bitten, auch dem Leiter der Direktion der Luftkammer meine Dank zu übermitteln. Ebenfalls darf ich Ihnen für die schönen Worte, die Sie in Ihrer Laudatio mit wüsten. Möge das neue Flugschiff dazu beitragen, die deutsche Fliegerei wieder zu ihrer alten Bedeutung zu bringen.“

Deutscher Protest in Stockholm

Gegen eine Rede des Handelsministers Ekman

Der schwedische Handelsminister Grönfors hat, wie wir S. 20 mitteilen, am 1. Mai bei einer Demonstration in Anknüpfung Protestforderungen zufolge eine Rede gehalten, in der er die fälschlich Angriffe gegen die deutsche Regierung, von allem gegen Reichsminister Brüderer, und Reichsminister Brüderer, richtete.

Der deutsche Geschäftsträger in Stockholm hat im Auftrage der Regierung sofort bei dem Außenminister gegen die Rede des Handelsministers und die unerbötlichen Vorwürfe und Anwürfe, welche gegen Mitglieder der Regierung erhoben worden sind, Protest erhoben und um Ausmittelung gebeten, ob der Handelsminister eine derartige Rede tatsächlich gehalten hat und wie sich die schwedische Regierung dazu stellt.

Der schwedische Außenminister hat dem deutschen Geschäftsträger auf seinen Protest erwidert, daß ein authentischer Wortlaut der Rede noch nicht vorliegt, und daß er auch selbst mit dem Handelsminister noch nicht habe sprechen können. Eine Antwort auf die Anfragen des Geschäftsträgers wurde zugesagt, wobei der Geschäftsträger auf baldmögliche Übermittlung des Wortlauts der Rede drängte.

Ausbreitungen in Amsterdam

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

AMSTERDAM, 2. MAI

An der vergangenen Nacht ist es in Amsterdam zu ersten Krawallen gekommen im Anschluß an das Fest der nationalen Arbeit, das vom deutschen Generalkonsul in Amsterdam veranstaltet worden war. Bereits während der Feierlichkeiten hatten sich kleine Gruppen von Kommunisten mit roten Fahnen, die Internationale singend, vor dem Gebäude, in dem die Feier stattfand, angeammelt, so daß sich die Polizei genötigt sah, wiederholt von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Es konnte aber nicht verhindert, daß nach Schluß der Feier in einem anderen Stadteil zahlreiche Deutsche belästigt und mißhandelt wurden, obwohl fortwährend Polizei zur Stelle war. Bis spät in die Nacht dauerten die Angriffe auf einzelne, nach Hause gehende deutsche Nationalsozialisten fort. Verschiedene Teilnehmer an der Feierlichkeiten wurden verletzt.

Flaggenreib in Jütland

Sorrens (Jütland), 2. Mai. Drei Kommunisten raubten eine dem deutschen Konsul zur Verfügung stehende Fahne, wurden vom Personal des Konsulats verhaftet und festgenommen. Bei ihrer polizeilichen Vernehmung gaben sie an, die Fahne auf der Straße weggenommen zu haben. Die Fahne wurde jedoch nicht gefunden.

Belgisches Bedauern

In Brüssel wurde bekanntlich am 1. Mai von sozialdemokratischen Demonstranten eine Puppe mitgeführt, die den Reichsführer Adolf Hitler vorstellte. Der deutsche Gesandte in Brüssel hat sofort gegen die Verunglimpfung des Reichsführers Protest eingelegt. Wie festgestellt worden ist, hat die belgische Regierung die Puppe beschlagnahmt lassen. Das belgische Regierungskomitee, die „Nation Belge“ und die „Classe Belge“ verurteilen das Vorgehen der Demonstranten auf das Schärfste.

Staatssekretär von Kühlmann 60 Jahre

Dr. Richard von Kühlmann, der ehemalige kaiserliche Staatssekretär des Auswärtigen, begibt heute seinen 60. Geburtstag. Nach einer erfolgreichen diplomatischen Laufbahn, die ihn von London über den Haag nach Konstantinopel führte, wurde Kühlmann im Kabinett Michels als der Leitung des Auswärtigen Amtes betraut. Als Staatssekretär des Auswärtigen spielte er eine wichtige Rolle bei den Friedensverhandlungen von Versailles und Vireux. Als er zu der Auffassung gelangte, daß die militärische Lage Deutschlands sich mit jedem Kriegsjahr verschlechterte, nahm er Verbindung mit der Presse auf, die einen Verständigungsfrieden anstrebte. Seine Verhandlungen scheiterten, und er mußte im Juli 1918 seinen Abschied nehmen.

In der Nachkriegszeit hat Kühlmann, ohne irgendeine amtliche Stellung zu bekleiden, doch immer den Kontakt mit den führenden politischen Kreisen aufrechterhalten. Er stellte seine diplomatischen Erfahrungen in den Dienst der Propaganda für Deutschlands Lebensrecht und suchte in Unterhaltungen mit Staatsmännern der Gegenseite sowie auf Vortragsreisen im Ausland, Verständnis für die deutschen Interessen zu wecken. In seinem Buch „Gedanken über Deutschland“ entwickelte er auf der Grundlage seiner Erfahrungen die Lehren eines milderen Verständigungsstillen.

Arbeiter-Bank zählt weiter

Bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-O. Berlin, die gestern eröffnet wurde, wie wir bereits mitteilten, auch von S. 24 besetzt wurde, sind zu Kommisaren die Herren Karl Müller und Karl Rosenhauer bestellt worden. Die Bank ist nicht geschlossen, der Geschäftsbetrieb geht weiter. Dem Vorstand sind nicht gespart worden.

Die „Deutsche Wohnungsfürsorge A.-O.“ für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin, deren Geschäftsräume im gleichen Hause wie die der Arbeiterbank gelegen sind, ist gleichfalls von S. 24 besetzt worden. Die Direktoren der „Demog.“, die sich zur Zeit

Interessantes von überall

Diplomaten beim Reichskanzler

Reichskanzler Brüderer empfing am Dienstag den bündigen Gesandten Balle und den polnischen Gesandten Wolf.

Eine „Adolf-Hitler-Stiftung“

Was Anlaß des Tages der nationalen Arbeit listete die Deutscher Arbeitervereine zu ihrem bereits bestehenden 1-Millionen-Reichsfonds für Arbeiter und Angestellte einen neuen Fonds von 200.000 Mark, der den Namen „Adolf-Hitler-Stiftung“ erhielt. Aus diesem Fonds sollen unerschütet in Not geratenen, vor allem älteren Arbeiter, die aber noch keinen Anspruch auf Pension haben, unterstützt werden.

Die Witwe Kurt Eisners verhaftet

In Petershagen im Schwesepol wurde am Sonntag die Witwe des aus der kaiserlichen Revolution von 1918 bekannten Reichspräsidenten Kurt Eisner in Sühnhof verhaftet. Mit ihr zusammen wurde ein der SPD. nahestehender Mann verhaftet.

Schließung weltlicher Schulen

Der Regierungspräsident in Erfurt hat sämtliche weltlichen Schulen im Regierungsgebiet schließen lassen.

Die Verkündung des Studentenrechts

Die feierliche Verkündung des neuen Studentenrechts, die am Mittwoch vormittag in der Aula der Universität stattfinden sollte, wurde aus Sonnabend, 8. Mai, auf den deutschen Feiertag, den Reichsuniversitätsfesttag, auf alle weltlichen Gendern übertragen.

Zum Beschluß des Preussischen Richtervereins

Die auch von uns vor einigen Tagen wiedererlebte Entschließung des engeren Vorstandes des Preussischen Richtervereins, die Mitglieder möchten dem Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbund beitreten, hat zu einer Entscheidung des Reichsbundes der Deutschen Juristen geführt. Danach haben die Mitglieder dieser Vereinigung aus ihrer Mitgliedschaft keinesfalls beruhten Rechte zu erwidern. Der Vertreter des Preussischen Juristenvereins habe auf der Vertreterversammlung des

nicht in Berlin befinden, sind sofort telegraphisch zurück: it worden.

*

Der frühere Reichsfinanzminister Röbe teilt mit: Zu der Reichsfrist über ein 3-Millionen-Ronto des früheren Reichsfinanzpräsidenten Röbe bei der Arbeiterbank in München hat derselbe an den Präsidenten Dr. Ley einen Brief gerichtet, in welchem er darauf hinweist, daß er auf der Arbeiterbank kein Konto besitze und niemals eines besitzen habe.

Wie hierzu verlautet, hat entgegen dieser Mitteilung, der bayerische Innenminister ein auf den Namen Röbe lautendes 3-Millionen-Ronto bei einer Münchener Bank beschlagnahmt.

Zentrums-Vorstand am Freitag

Am Freitag, den 5. Mai, tritt in Berlin der geschäftsführende Vorstand der Zentrumspartei zusammen. In der Sitzung sollen entscheidende Beschlüsse über die Reorganisation der Partei in personaler und sachlicher Hinsicht gefaßt werden.

Veränderungen im Stahlhelm

In einem Telegramm an den Bundesführer des Stahlhelms, Reichswehrminister Goelke, bittet der Reichswehrminister Dr. Goerdeler um Entlassung von seinem Posten als Bundesvorsitzender und Führer des Stahlhelm-Studentenvereins Langemarck. In der Begründung gibt er an, daß er den politischen Kurswechsel der Unterordnung unter Hitler zwar für richtig halte, aber mit der Form des Vorgehens gegenüber den führenden Führern der Stahlhelmbewegung nicht einverstanden sei.

Generalleutnant A. v. von Frenning auf Schönhof ist von seinem Posten als Verbandsober des Landesverbandes Hannover des Stahlhelms zurückgetreten.

Lagung der westdeutschen Pressefestschreiber

Die westdeutschen Pressegruppen im Verband Deutscher Pressefestschreiber hielten am 29. und 30. April in Düsseldorf eine achtstündige Arbeitstagung ab. In ihrer Festschreiber-Listung sprach der erste Bundesvorsitzende Westf (Berlin) über „Unser Arbeit, Wirken und Können“. Er bekannte sich im Namen des Verbandes zur nationalen Erhebung und gab in längeren Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die gerechten Wünsche des Pressefestschreibers hinsichtlich seiner beruflichen und sozialen Anerkennung auf Grund seiner Leistungen im neuen Staat voll erfüllt werden mögen. In einem Telegramm an Reichsminister Dr. Goerdeler heißt es, die deutschen Pressefestschreiber „bringen vertrauensvoll die Hoffnung zum Ausdruck, daß ihre Tätigkeit gerade Wertschätzung und die Berufsstand den ihm zugehörigen Platz im Neubau des berufstätigen Deutschland finden möge“.

Thüringer Landbund nationalsozialistisch

In Thüringer Landtag, der am Montag zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, erklärte die Fraktion des Thüringer Landbundes ihren Anschluß an die Fraktion der NSDAP. So daß Thüringen künftig eine rein nationalsozialistische Regierung hat. Im Parlament befehlen die Nationalsozialisten die Zweiertelmehrheit. Das neu gewählte Landtagspräsidium besteht ebenfalls nur aus Nationalsozialisten.

Preussischen Richtervereins in Bad Brückenau am 21. April nur erklärt, es handele sich darum, den Mitgliedern, soweit sie nicht bereits organisatorisch von Parteien und Bewegungen, die hinter der Regierung stünden, erlaubt, den Beitritt zur NSDAP zu empfehlen. Der enge Verband selbst ist also unveränderlich und wird sich lediglich über diese Anregungen hinaussetzen.

Neuer badischer Generalkonsul in Bad

In Stelle des bisherigen Generalkonsuls Dr. Jäger in Baden, der als Mitglied der Staatspartei alsbald nach Eintritt der neuen Regierung beurlaubt worden ist, wurde der Mannheimer Oberkonsul Emil Brecht zum Ministerialrat im badischen Außenministerium und zugleich zum Generalkonsul in Baden ernannt.

Die deutsche Frau raucht nicht

Der Staatsminister für die Stadt Ulm in Ulm erlaubt sämtliche Geschäftsleiter der Stadt, in ihren Zirkeln Plakate aufzuhängen mit der Aufschrift: „Die deutsche Frau raucht nicht“ anzufragen.

Ehrenbürger von Saarlouis

Der Stadtrat von Saarlouis hat in seiner Sitzung am Montag beschlossen, Reichspräsident von Hindenburg und Reichsführer Brüderer die Ehrenbürgerwürde anzutragen.

Gesandter Jean Girardoux

Im Rahmen eines größeren diplomatischen Besuchs, das sich namentlich auf Mittel- und Südamerika erstreckt, ist der Dichter Jean Girardoux zum französischen Gesandten ernannt worden, ohne daß er einen Auswärtigenposten erhalten hat.

Amerika Vertretung in Schweden

Konkret ernannte den New-Yorker Rechtsanwalt Laurence C. Gehardt zum amerikanischen Gesandten in Schweden. Gehardt, ein bekannter Strafverteidiger, trat in der New-Yorker Kommunalpolitik hervor und ist ein führendes Mitglied der kommunistischen Bewegung.

Der finnische Gesandte verläßt Berlin

Der finnische Gesandte A. B. Wuolijoki wird nun nach fünfmonatiger Tätigkeit in Berlin in seine Heimat zurückkehren. Schon in diesen Tagen fährt der Gesandte nach Wien, wo er ebenfalls arbeitslos war, um dort sein Überbringungs-schreiben zu übergeben. Gesandte Wuolijoki hat sich als Diplomat und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums seines Landes und des Deutschen Reiches große Beachtung und eine über seine eigenen Freunde in Berlin weit hinausreichende Bekanntheit erworben. Das Gesandtenpaar verließ letztendlich nach zu repräsentieren und hat besonders viel dazu beigetragen, finnische Kunst in Deutschland bekannt zu machen. Frau Wuolijoki ist eine Meisterin der Webkunst, die in Finnland von den Frauen sehr geschätzt wird.

*

Der neuen Republik Spanien beide Reichsführer werden jeder nur ein Jahr in Berlin. Man meint, daß der junge Stahl behält, diesen alljährlichen Diplomatenwechsel einfließen. Ob das der Verständigungs- und annäherungsfähig wäre, sei dahingestellt. Sogar ist es sehr bedauerlich, daß ein Mann wie Luis Araquistain in Dueno aus Deutschland scheidet. In den zwölf vergangenen Monaten hat er sich eifrig bemüht, ein dickes Band zwischen den beiden Völkern zu schließen. Er erkannte die nationalen Eigenheiten beider Länder und verstand, die Verständigungspunkte für ein friedliches, wirtschaftliches Zusammengehen zu finden. Der Reichsführer mit dem Abgerundeten Verstand in Spanien und seinen Reichsgenossen nicht länger im Stich lassen. Außerdem wird er als Organisator der Gewerkschaft „Union General de Trabajadores“ in dieser seiner Wirkungsgebiete mitarbeiten. Auch als Mitglied der Arbeitsbelegation und der Delegation beim Arbeitsamt wird der Diplomat in Genf mitwirken. h. f.

Die Eigenstaatlichkeit der Länder

Auch im Reichsverwaltungsblatt, das gleichzeitig als Preussisches Verwaltungsblatt erscheint, ist eine „Eigenstaatlichkeit“ vorgenommen worden. Als Herausgeber sind ausgedehnt der Reichspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts Dr. Hindenburg und die Reichspräsidenten Konrad-Adenauer und Peters-Berlin. Als neue Herausgeber sind u. a. der Staatssekretär der Reichsregierung Dr. Lehmann und Reichsminister Reichel-Heine. Der letztere befaßt sich in dem neuesten Heft auch mit dem Eigenstaatlichkeit und schreibt u. a.: „Nach Erlass des Eigenstaatlichkeitsgesetzes kann von einer „Eigenstaatlichkeit“ der deutschen Länder im bisherigen Sinne nicht mehr reden. Denn die politisch wesentlichen Befugnisse der Landesgewalt sind ein Reichsorgan, der Reichspräsident, dessen Befugnisse auf Reichsrecht beruhen, im Namen des Reiches aus. Die Länder besitzen keine „eigenstaatliche Regierung“ in dem Sinne mehr, wie sie in den früheren Dynastien gegeben war. Deshalb mußte es u. a. auch das Eigenstaatlichkeitsgesetz die Wertschätzung der alten Dynastien in den Ländern einfließen unmöglich, während es die Frage einer etwa künftigen monarchischen Staatsform des Reiches wieder in der Schwärze ließ.“

Verboten

Am Anwesen des Preussischen Innenministeriums hat der Regierungspräsident von Köln die deutschen „Eigentümer“ Zeitung verboten. Die Zeitung ist der Verbotes ist ein Artikel des Herrn von Reichs-Organisations, der den nationalsozialistischen Ministern unangenehme Personalpolitik vorwirft.

„MacDonald besucht England“

Ein Scherz mit ersten Hintergründen

LONDON, 2. MAI

Vor einigen Tagen übertrieb der „Daily Express“ die New Yorker Meldung von der bevorstehenden Rückreise Mac Donalds nach London mit der weit und groß gedruckten Schlagzeile: „Der Premierminister wird England zu besuchen“. Der Bericht wurde viel beachtet und London ist in England leicht irritiert. Aber Ramsay MacDonald befindet sich eben in der ungewöhnlichen Lage, als ehemaliger Arbeiterführer das Haupt einer konservativen Regierung zu sein, und da er sich ja in der inneren Politik nicht betätigen kann, treibt es ihn, sich in den großen Weltfragen führend zu erweisen.

Das hat in diesem Fall sein Guttes. Das englische Sprichwort „Charity begins at home“ zu deutsch: „Das Spendt ist mit näher als der Rod“ heißt eine alte Grundsätze einer dem betreffenden Land weitestgehende Lebensweisheit aus. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß ein „edler“ konservativer englischer Staatsmann mit der Zustimmung vieler Volkstheile die unbenutzten Bemühungen aufgeben hätte. Es dürfen aber nicht aufgegeben werden und dürfen nicht ohne Erfolg bleiben, wenn der eigenartige Organismus der Welt nicht endlich veränderbar soll.

Erstrebte würde Ramsay MacDonald als Premier für eine bessere und engere Zusammenarbeit der Staaten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet verstehen, wenn seine Stellung und sein Ansehen im eigenen Land noch mehr leiden würden. Vor allem aber weiß niemand im Lande auf die Frage nach einem Nachfolger Antwort zu geben. Auch in England ist das Führerproblem akut. Sogar dem phlegmatischen und evolutionären Engländer gehen die Dinge zu langsam. Das selbst erklärt, wieso man in Österreich immer manchmal den Ausdruck hören kann: „Ich möchte, wir hätten einen Hitler.“ Das ist wohl der teuer immer noch lauzen, ja sogar noch zunehmenden Ablehnung der englischen Öffentlichkeit gegen den Gang der Ereignisse in Deutschland. Wer so spricht, denkt nur an die Energie und an die „einfache Tat“, die „es schafft“.

Morgen nachmittag tritt Ramsay MacDonald in Southampton wieder englischen Boden. Sein „Besuch“ in der Heimat beginnt. Er findet viel Arbeit vor. Gestern gab es im Unterhaus die erste öffentliche Rede gegen die Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung. Es ging um das neue englisch-deutsche Handelsabkommen, gegen das der Reichstag die Konvention in der Debatte Sturm lief. Fast hundert konservative Abgeordnete entzogen sich der Zustimmung und 55 stimmten gegen ihre Regierung, als Sir Austen Chamberlain Bertrag und Leberweisung an einen Auslass beantragte. Eine Majorität von über 400 war plötzlich auf 189 zusammengesunken.

MacDonald und Baldwin werden die Jäger wieder sein in die Hand nehmen müssen, damit der Premierminister bei den kommenden großen internationalen Verhandlungen die volle Autorität einer reinen nationalen Regierung in die Waagschale legen kann.

Was Washington bringt der Premierminister seine festen Annahmen zurück. Das war auch nicht der Zweck seiner Reise, die nur der Ausdrucks- und stimmungsmäßige Vorbereitung dienen sollte. Dies scheint erreicht zu sein, und man darf als sicher voraussetzen, daß bei der Beratung der stehenden Probleme jetzt in Genf und im Juni in London mit weitgehendem Einverständnis zwischen den angeführten Mächten zu rechnen ist. m. g. l. s.

Um die Definition des Angriffes

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 2. MAI

Das Sachverständigenkomitee des Auschusses für die Grenzschlichtung hat sich heute mit den Polizeiverhältnissen in Ostland, Orientland, Ungarn usw. beschäftigt.

Von der ungarischen Polizei wurden die Grenzschlichter, die Grenzpolizei und die Gendarmen als militärisch ausgebildet angesehen. Es soll sich insgesamt um etwa 10000 Mann handeln, die also dem Personalbestand des ungarischen Heeres zugerechnet werden.

Im Komitee für die Sicherheitsfragen wurden die folgenden Vorschläge angetragen auf Festlegung eines umfänglicheren Gültig für Bestimmungen über die Grenzschlichter. Danach erklärte der Vertreter der Kommissionsregierung, daß seine Delegation keinen Wert mehr auf die weitere Behandlung dieser Gewaltentwürfe legt, die noch eine Reihe von weiteren Bestimmungen enthalten.

Neuer Vorschlag scheint der beliebige Antrag zu haben, mit dessen Ausführung heute begonnen wurde, und der die Einrichtung eines Grenzschlichterorgans im Falle eines Angriffs bezieht. Die Festlegung der Kommission soll aus dem Militär-, Marine- und Luftschlichterorgan, das die diplomatischen Vertretern in dem Komitee gebildet werden, das des Angriffs verdächtig wird.

Rußisch-polnische

Wirtschaftsverständigung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 2. MAI

Gestern nachmittag fand der seit längerer Zeit angelegentlich Empfang des Warschauer Komitees der Nationalen Autonomiewojens durch den Warschauer Bildungsrat statt, dem auch der polnische Außenminister Bedkowitz. Da der Warschauer seit längerer Zeit fremde Diplomaten nicht mehr empfangen hat,

Ein Abrüstungsplan Roosevelt's?

Pariser Informationen über ein amerikanisches Projekt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 2. MAI

Nach einer Meldung des „Tempo“ aus New York soll Präsident Roosevelt die Absicht haben, bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Dr. Schacht und dem italienischen Finanzminister Guido Jung die Abrüstungsfragen in den Vordergrund zu stellen. Roosevelt soll dafür bereits ein ganz bestimmtes Programm haben. Er werde vorschlagen, daß die Abrüstungskonferenz sich damit einverstanden erklärt, den Mac Donald-Plan für fünf Jahre in Kraft zu legen, aber auf einer wesentlich anderen Berechnung der lebenden Seele, als der englische Premierminister die in Genf vorgelegten hätte. Nach dem Plan Roosevelt sollen Deutschland, Italien, Frankreich und Polen das Recht bekommen, eine gleichstarke Kontingenzarmee von je 200000 Mann zu unterhalten, während nach dem Mac Donald-Plan Frankreich noch 400000 Mann gestattet bekommen sollte.

Wie der New-Yorker Berichterstatter des „Tempo“ dabei behauptet, sei die Hauptfrage der amerikanischen Regierung, eine deutsche Flottenaufrüstung zu verhindern, um so einen neuen Weltkrieg in den Marineverrichtungen zu vermeiden. Die amerikanische Öffentlichkeit sei so sehr mit Finanzfragen beschäftigt, daß sie sich mehr oder minder an der Abrüstungsfrage desinteressiere. Die europäischen Mächten interessieren sie nur indirekt unter dem finanziellen Gesichtspunkt in Verbindung mit der Schuldenfrage.

Der „Tempo“ verleiht dieser bisher noch von keiner Seite bestätigte Meldung an besonders auffallendem Plote, ohne jedoch dazu Stellung zu nehmen. Aber zweifellos würde ein solches Projekt des Präsidenten Roosevelt, wenn es sich als Tatsache herausstellt, in Frankreich auf den größten Widerstand stoßen. Schon bei den Verhandlungen zwischen Briard und Roosevelt zeigte sich, daß die öffentliche Meinung in Frankreich und besonders die Pariser Regierungspresse selbst für weitgehende Sicherheitsfragen von Seiten Amerikas nicht mehr für Abrüstungen in größerem Umfang einträte.

Die Rechte, die in der von Tardieu beeinflussten „Liberte“ jetzt ein parteihaftes Sprachrohr bekommen hat, drängt die Regierung, in Genf eine noch schärfere Forderung als bisher

einzuahmen. Der Führer der Rechtsopposition, Tardieu, fordert heute in der „Liberte“ direkt zum Verzicht auf jede Abrüstungspolitik mit Deutschland und zum Verzicht auf die Fortsetzung der Abrüstungskonferenz auf: „Die Ereignisse haben gezeigt, daß die Hoffnungen auf Gerechtigkeit, auf die diese Politik begründet war, nicht gerechtfertigt waren. Der Irrtum ist eher, aber unabweisbar. Die Fortsetzung einer gefahrlosen Diskussion in Genf bei Nichtachtung der letzten Zustände wäre also nicht nur unnütz, sondern auch bedrohlich. Die Stunde ist gekommen, die nötigste Bewegung auszuführen. Wenn man nach dem Wort Dolobiers den letzten Schichten gegen die Freiheit noch weitergehen will, muß man nach Genf Männer schicken, die rein zu tun imstande sind.“

So weit, wie Tardieu es wünscht, wird die Regierung Daladier damit-Bonome jedoch nicht gehen; aber es bleibt festzuhalten, daß in der letzten Zeit die öffentliche Meinung in den außenpolitischen Anschauungen der oppositionellen Kreise und der regierenden Kreise immer geringer geworden sind.

Pariser Ministerrat über Genf

Der französische Ministerrat beschloß sich heute mit den außenpolitischen Verhandlungen, insbesondere mit den Schritten der Abrüstungskonferenz, den Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz und dem Programm über den Welt der Weltwirtschaft. Der Ministerrat billigte, wie amtlich mitgeteilt wird, die Instruktionen, die den Vertretern Frankreichs zum Ministerrat und Außenminister erteilt worden sind.

Londoner Konferenz ohne Roosevelt

WASHINGTON, 2. MAI (REUTER)

Am Weizen Saule ist von einer Absicht des Präsidenten Roosevelt an den Beratungen der Weltwirtschaftskonferenz in London teilzunehmen, nichts bekannt. Dem Vernehmen nach wird der Präsident sich am 1. Juni nach Chicago begeben, um dort die Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz vorzunehmen. Roosevelt wird voraussichtlich einen großen Teil des Sommers auf dem Lande verleben.

Revolution in Andorra

Bericht der Vossischen Zeitung

MADRID, Ende APRIL

Der kleine Fürstentum Andorra — in verschiedener Hinsicht mit Schweden nicht vergleichbar — hat nun auch seine Revolution, die friedliche zwar, ohne Blutvergießen, doch nicht ohne Leidenhaft.

Die Republik, mit ihren 450 Quadratkilometern — zwei große und mehrere kleinere Täler, mit den dazu gehörigen Bergen — zählt wenig mehr als 7000 Einwohner, deren Sprache das Katalanische ist. Die mehr nominelle als effektive Souveränität ist bekanntlich zwischen Frankreich und Spanien geteilt: Der Bischof von Urgel (spanische Provinz Katalonien) war bisher das geistliche Oberhaupt, bestimmte aber auch die Höhe der Zölle an die spanisch-andorranischen Grenzorte; ein französischer Beamter, der Bischof der Diözese, vertritt die politische Schutzmacht des großen nordischen Nachbarn. Die Hauptstadt hat 1000 Einwohner; das Meer besteht aus 40 Mann, die nur Polizeibestizt tun.

Die Regierung, der beschränkte legislative Gewalt und die administrativen Funktionen zuteilen, wird von einem Rat von 24 Mitgliedern gebildet. Gewählt wurden diese bisher auf zwei bis, vier Jahre, nur von den Familienoberhäuptern Andorras, denen überhaupt nur viele der alten patriarchalischen Rechte verblieben sind. Dem andorranischen „Reichsgemicht“, das bei der üblichen, sehr primitiven, aber vielfach um so gerodeteren Pflege des Rechts steht in Anspruch genommen wird, präsident ein vom Bischof von Urgel ernannter Richter.

In des Ehrendienstes friedlichen Tätern, mit ihren Gärten, Hirten, Herden, Aekern, Seen und Tannenbäumen, garte es schon seit über einem Jahr. Man war des ewigen Friedens und der Eintracht überdrüssig geworden. Es waren vor allem die jungen Leute, in denen ein rebellischer Geist wachgeworden war, und die gegen die traditionellen, seit 1000 Jahren vererbten Befehle der Ältern zu Felde zogen. Das Hauptmotiv der Revolution war also — wie überall auch in einem um wollebestimmten anderen Lande — der Gegensatz zwischen jung und alt.

Und so marschierten am 5. April einige hundert junge Leute nach Andorra, dem alten (so heißt die Hauptstadt: „Andorra, la Vella“). Worauf der hohe Rat sich beizte, das schon vorher beschlossene, attive und passive Wahlrecht auf Großbürger zu verkleinern und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die Sitzungen des Rates künftig öffentlich seien.

Die Älteren der Jungen gaben sich damit zufrieden; die Jüngeren der Jungen aber wollen noch viel weiter gehen; sie

fordern völlige Selbständigkeit ihres Landes, die Unabhängigkeit von Frankreich und Spanien. Da der französische Bischof seit den „revolutionären“ Akt des jüngernden Volkes von Andorra“ folglich anerkannt habe, wende man sich ihn um die Erlaubnis, den Rat der Ältern aufzulösen und durch einen anderen zu ersetzen. (Was aber nicht geschehen, erst im Verzicht wurde gewährt werden.) Der Bischof der Diözese von Urgel hingegen ist noch durchaus interrevolutionär; von sich aus, ohne Rom, kann er ja auch nicht auf seine miträthlichen Unterthanen verzichten. So gilt er also als Feind von Jung-Andorra. Bestrebungen, sich von der mittelalterlichen Oberherrlichkeit eines Weltlichen zu befreien, befinden sich in längerer Zeit. Die im Landesnamen von Andorra figurierenden „Wirta“ und der Bischofsstuhl wirken auf viele aufregend.

„Andorra für die Andorraner“ — so lautet jetzt der Slogan der Schlichter; denn die Revolution, die Spaltung zwischen Feudal und noch mehr radikal, dauert fort. Nur will man die französischen und spanischen Helfer ausweisen.

Daß viele spanische Republikaner die neue Bewegung moralisch unterstützen, ist selbstverständlich; obgleich dieselbe vielfach sogar etwas stößiglich in sich trägt. Sie verheißt der kleinen Nation den Anbruch einer Ära von Freiheit, Ruhm und majestätischem Bürgerglück.

Die Andorraner haben übrigens auch praktische Pläne, den Abschluß ihres Landes in fünfzig Freist zu verwickeln: Ausnützung der Wasserkräfte, Ausweitung der Vieh- und Gärten; und als wichtigste: Forderung des Fremdenverkehrs, durch Einrichtung von nie bekannt stets bedekten Winterpferdplätzen; durch Theater, Kinos, Pariser Revuen; und hauptsächlich und vor allem durch ein großes Spielcasino. (Es scheint das Spielcasin folger kleiner Kändchen zu sein, Paradiese für Glückspilger und Kapitalistischer zu werden: feste wiederum Fleckenstein und natürlich Monaco.)

Man braucht also jährlich nur einige Tausend reicher Fremder nach Andorra zu schicken, dann ist der große Plan gelungen; um so folgende überlegen, als es den andorranischen Staatsbürgern selbst allererstrebenswerten werden sein wird, den Spielplan zu betreten. Es fragt sich freilich, wobei die Menge der viel Geld bringenden und dort löffelnden Fremden genommen werden soll. Aber mit solchen stießigen, befristigten Einmäanden, geben sich die in revolutionären Eingeständern stehenden Führer der einwilligen Frühlingsbären Partei nicht ab. Sie rechnen jedenfalls auf die Aktienpate der künftigen Spielplänen-Pl. Und die Fremden müßten in sich einschliefen.

Wahr ist, daß das „Ausland“, für Andorra ganz besonders, tiefen groß ist. — Edward Foertsch.

Hierzu vier Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Westische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölftal und viermal die Woche. Bei Ausfall der Zeitung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich „Unterhaltungsblatt“ — „Einzeln- und Handeltal“ — „Wochenblatt“ — „Einzeln- und Handeltal“ — „Literarisches Wochenblatt“ — „Einzeln- und Handeltal“ — „Einzeln- und Handeltal“

Für Rücksendung unverlangt Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Berlin's neuer Etat

Rechenschaft über die Vergangenheit — Programm für die Zukunft

Die Beratungen des neuen Etats der Stadt Berlin, den der kommunifische Stadtmannschaft Dr. Steinger am Donnerstag den Stadterordneten übergeben hat, haben, wie berichtet, gestern im Haushaltsplanungsamt begonnen. Während der Haushaltsplan des Deutschen Reichs und Preussens ohne jede parlamentarische Mitwirkung in Kraft gesetzt wird, hat die Berliner Stadterordnetenversammlung die Möglichkeit, von ihrem höchsten Recht der Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde in weitestgehender Weise Gebrauch zu machen. Die neue Mehrheit des Berliner Parlaments wird es wünschen, daß sich in früheren Jahren hunderte von Anträgen zum Etat förmlich aus parlamentarischen Gründen eingebracht werden. So werden die Eingelieferungen des Haushalts, die sich sonst über viele Wochen erstrecken, diesmal effizienterweise schnell vollzogen werden.

Wenn der Etat dazu dienen soll, um Rechenschaft über die Vergangenheit abzugeben und gleichzeitig ein Programm für die Zukunft zu entwickeln, so werden die Verhandlungen über die Gestaltung dieses Planes auch den neuen Mängeln bewußt, daß sie ihr Wert an das Bestehen antizipieren müssen. Gerade ein Mann wie Dr. Steinger kennt als ehemaliger Ratsmitglied des Zweiverbandes Ost-Berlin und als langjähriger des alten Parteien hochschätzliches Mitglied des Haushaltsausschusses die Entwicklung der Berliner Finanzen wie kaum ein zweiter in der Berliner Verwaltung. Als sein Vorgänger im Amt im Juni 1931 zum ersten Male einen Etat der Stadterordnetenversammlung vorlegte, schloß das Budget mit einem Fehlbetrag von 87 Millionen Mark ab. Dazu kam damals ein Fehlbetrag des Jahres 1930 von 68 Millionen Mark. Durch eine in der Geschichte der Stadt Berlin kaum gekannte Einschränkung auf alle Gebieten der städtischen Verwaltung war es gelungen, das Defizit um ungefähr 70 Millionen bis zum vorigen Jahre zu vermindern, so daß die „Stoffliche Situation“ in ihrer Verbindung des Berliner Etats mit dem Reichens Haushaltsplanungsamt hat sich ausverkauft alles getroffen, was nicht zu dem dringenden Lebensbedürfnissen der Stadt gehört. Nicht nur die Ausgaben, auch die Einnahmen wurden in jedem Maße zum Erlösigen und nur durch die ungenutzten Reserven der Stadtverwaltung abgedeckt.

Der kommunifische Stadtmannschaft hat insbesondere in seiner Entschlossenheit betont, daß die schwerere finanzielle Situation nicht ein Zeichen der Minderwertigkeit längst vergangener Jahre sei. Der beherrschende Ratsmitglied der städtischen Oberbürgermeister, die parlamentarischen Stadterordneten müßten mit ihrem Vorkaufswort erklären, wenn es nicht anders ginge, daß Berlin in dem Finanzprogramm der öffentlichen Körperschaften völlig neu zu gestalten. Denn Berlin allein kann die Schwierigkeiten nicht meistern. Dr. Steinger hätte in seinem Bericht auf die Schwierigkeiten verweisen können, die der Oberbürgermeister erst im Januar d. J. veröffentlicht hat, um eine Stellungnahme des preussischen Finanzministeriums zu erziehen. Hier heißt es: „Die Fehlbeträge im Haushalt Berlins wären nicht entstanden, wenn der Stadt nicht hundert 000 Millionen von ihren Reichsbehörden entnommen worden wären, wenn sie also nicht in einem Maße für den interkommunalen Finanzgleichheit hätte offen müssen, der alles Ertragslose übersteigt.“ Nach dieser Darstellung hat Berlin von 1924 bis 1932 zugunsten dieses kommunifischen Finanzgleichheit durch die auch von anderen städtischen Körperschaften durch den Reich in den Finanzen und Schuldenausgleich zusammen 254,7 Millionen Mark verloren. Die Entschädigung dieser großen Beträge wurde noch durch die Benachteiligung Berlins bei der Verteilung der Reichsbeiträge, Sogausgaben und Umfassener verschärft, durch die ein

weitere Millionen zugunsten anderer Gemeinden verloren hat. Dr. Gohm hat deshalb in seiner Denkschrift mit aller Energie betont: „Es ist ganz unmöglich, daß Berlin diese Verzerrung seiner Einnahmen weiter tragen kann. Dies um so weniger, als der für die relative Garantie vorgesehene Vergleich der auf den Kopf der Bevölkerung zu erwartenden Ueberweisungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer mit den Kopfbeiträgen von 1911, 1913 oder 1914, also mit denen vor mehr als 20 Jahren, nicht anders als vorwiegend bezeugt werden kann.“ Bei der Gleichstellung Berlins, Preussens und des Reichs müßte es gelingen, hier eine Abhilfe zu schaffen. Dazu wird auch der der Reichsregierung beauftragte Umbau der Arbeitslosenhilfe wesentlich beitragen.

Denn auch der neue Etat ist auf seiner Ausgabenseite am stärksten beeinflusst durch die Aufwendungen für Wohlfahrtswesen. Von 300 Millionen, die als Ausgaben eingeplant sind, sind allein 40,8 Millionen für die Wohlfahrt bestimmt, das sind 45 Prozent sämtlicher Ausgaben.

Gattbefehle in Haft

Die Staatsanwaltschaft Pöhl hat gegen die beiden bisherigen Reichsbankdirektoren der Berliner Reichsbank A.-G., Generalbankhaus Waus und Konrad Eder, und gegen die Reichsbankdirektoren, den Vorsitzenden der Rheinischen Zentralspartei, Justizrat Wönig, und den früheren Bankdirektor Dr. Brünig, die in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem Kontura der Berliner Reichsbank A.-G. folgenlos worden waren, vier gerichtlichen Gattbefehle erlassen.

von Hippel bleibt in Haft

Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Königsberg hat die Gattbefehle des Generalanklagers von Hippel und des Untersuchungsrichters Dr. Jochow, wobei vorerst Generalanklagerschaftsbeamter Jochow hat Haftbescheid bis hier nicht erlassen.

Vier Soldaten getötet. Auf dem Artillerie-Kasernplatz in Potsdam (Münchener) wurden gestern durch die vorsichtige Explosion einer Granate im Gefäßkörper vier Soldaten getötet und drei schwer verletzt.

Nicht mehr Friedrich-Ebert-Oberrealschule. Staatskommission Dr. Reichshausen hat angegeben, daß die Friedrich-Ebert-Oberrealschule in der Kleinen Franzfurter Straße bis auf weiteres wieder den Namen „V. Oberrealschule“ führt. Ober-

Das Unterhaltungsblatt der

Vossischen Zeitung

enthält im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge:

Schicksalslose... von Erich Pfeiffer-Belli
Shaw, immer wunderbar

Ereignissen nebenbei

Kleine Geschichten von draußen

Rausch einer Nacht

Im Schlaf von Nambouillet, dem Sommerfest des Präsidenten der Republik, ist ein furchtbarer Haß verhaftet worden. Es handelt sich um einen Pariser Tagelöhner, der einen ansehnlichen ungezügeln Sonntagsgang aus dem Nambouillet unternommen hat. Er ist aber nicht allein im Zimmer lag, wurde er abgewiesen, weil er zu betrunken war. Da kam ihm der Gedanke, im Bett des Präsidenten der Republik zu schlafen, das ja im Augenblick nicht beletzt war. Er drang durch eine Kellertür in das Schlafzimmer und legte dort seinen Kopf in die Tat um. Am Morgen wurde er ohne Rücksicht überführt, als er sich in der Schlafkammer löste.

Weiß jemand, wer ich bin?

Die Polizei in Eternhoff hat einen Mann behaue vollständig verdrängt und in einem Zustand vollkommener Erschöpfung aufgefunden, dem Namen und Herkunft aus dem Gedächtnis verloren sind. Jetzt befindet er sich im Krankenhaus. Er hat an die städtischen Behörden ein Schreiben geschrieben, in dem er um die Erlaubnis bittet, ein postales Konto zum dem Mitbringen zu sprechen. Er hofft, daß unter den Millionen Zuhörer vielleicht eine seine Stimme erkennen und daß so eine Identifizierung möglich sein wird.

Vom Buddha-Auge zur Pfandleihe

Der berühmte blaue Diamant, der einen Wert von vier Millionen Mark besitzt und der vor 200 Jahren aus dem Auge einer Buddha-Statue im Fernen Osten entnommen worden ist, ist in der Pfandleihe amerikanischer Bankiers in New York in Beschlag genommen worden, um der Familie den Besitz der Statuette „The Washington Post“ zu erhalten. Der Stein liegt in dem Hof, mit einem Glas bedeckt zu sein, und hat allen seinen vorhergehenden Besitzern großes Unglück gebracht. Die meisten sind

oder genau die Hälfte aller Einnahmen, die im neuen Etat mit 81 Millionen eingeplant wurden. Die geplanten Ausgaben für Wohlfahrtswesen übersteigen nur um ungefähr 4 Millionen den Selbsttrag des Jahres, die Aufwendungen für Wohlfahrtswesen und Rentenunterstützung, die mit 227,3 Millionen eingeplant werden sind, wurden gegenüber dem vorigen Jahr nur um 1 Million erhöht. Dieser Betrag hat sich seit 1929 verneinlich und bemußt also beunruhigt als alle andere Staaten, wobei die Schwierigkeiten Berlins stammen. Trotzdem dürfte auch er nicht ausreichen, wenn die Zahl der Wohlfahrtswesen, die jetzt noch 350 000 beträgt und damit ungefähr der Bevölkerung der Stadt Chemnitz entspricht, weiter steigt. Die sozialen Äußer Berlins sind zu angeforderten, daß sie nicht einmal mehr völlig aus den Steuererträgen gedeckt werden können. Noch im vorigen Etat entsprach die erwartete Einnahme aus den Steuern ungefähr den Aufwendungen für Wohlfahrtswesen. Diese Steuererträge ist allerdings mit den eingegangenen 373,4 Mill. RM nicht erreicht worden. Infolgedessen hat der kommunifische Ratsmitglied in den neuen Haushaltsplan den Steuerertrag nur mit 342,3 Millionen angenommen, weil er eine Steuererhöhung für unannehmbar hielt. Die Aufschlagszahl der Oberbürgermeister haben auch längst den Bundesversammlung erreicht, bei der Grundvermögenssteuer ihn sogar überstiegen. Dabei zeigt sich aus den Finanzberichten deutlich, daß die Berliner Steuern im allgemeinen die erwarteten Erträge nicht haben. Gründe dafür sind Berlin nur erlauben durch die Entwindung der Steuerüberweisungen vom Reich und

hunderttausend an die dieser Schule wurde beurlaubt. Ferner wurden Oberlehrer Werner von der Luisenpark-Schule in Empfehlung sechs Jahre vorher von verschiedenen Schulen des Bezirksamts Köpenick, davon vier von der Sammelschule (7. Volksschule) beurlaubt.

Dank an die Helfer des 1. Mai

Der Reichsminister für Volksführung und Propaganda Dr. Goebbels hat folgenden Dank an die Helfer des Festtages der nationalen Arbeit geschrieben:

Der „Festtag der nationalen Arbeit“ liegt hinter uns. Die größte Majestät der Welt ist so programmatisch und reibungslos verlaufen, daß nicht ein einziger Unfallsfall zu beklagen ist. Damit hat die deutsche Arbeiterschaft ein Beispiel an Disziplin und gefolgsamer Tat gegeben, wie es einzig befehlt in der Geschichte der Weltbewegungen aller Nationen.

Dem deutschen Arbeiter und darüber hinaus dem ganzen deutschen Volk gebührt deshalb in erster Linie Dank für diese herausragende Leistung. Dank und Anerkennung haben ebenso diejenigen verdient, die in wochenlangem, aufopferndem Arbeit den großen Tag vorbereitet und geleitet haben. Dies gilt insbesondere für die Ingenieure und Arbeiter, die den Festplatz hergerichteten, die Mitarbeiter des Rundfunks, der Stadt Berlin, der Reichsbank A.-G., der Post und der Feuerwehre. Nicht zu vergessen auch die mühselige Vorbereitungsarbeit, die die deutsche Presse geleistet hat. Die Arbeiter und Beamten der Reichsbank und der A.-G. haben die ihnen gestellte Aufgabe, den Massenverkehr zu bewältigen, in vorbildlicher Weise gelöst. Nicht zuletzt haben die G. S. und vor allem die nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisationen den reibungslosen Verlauf des ganzen Tages gewährleistet. Wenn der „Festtag der nationalen Arbeit“ ein unvergessliches Erlebnis aller Deutschen gewesen ist, wenn er ein innergewaltiges Ausmaß der jungen Volksgemeinschaft bedeutet, so gebührt es denjenigen, die diesen Tag möglich machten, den Dank des ganzen Volkes.

Ich spreche allen meinen Mitarbeitern, die dazu beigetragen haben, daß der 1. Mai ein voller Erfolg geworden ist, meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Der Reichsminister für Volksführung und Propaganda,
Dr. Goebbels.

denach im Auto in Seibitzorn einfack, konnte hier Frau und Kleider wieder in Empfang nehmen.

Landstreicher . . .

In Barfeloer an der holländischen Grenze wurde ein Landstreicher, der völlig erschöpft am Straßenrand lag, von der Polizei in Schutzhaft genommen. Der Mann war so betrunken, daß er wenige Stunden später starb. Bei der Aufnahme der Leichnam stellte sich heraus, daß es sich um den schon seit langem geflohenen Erben eines Vermögen von 5000 Gulden handelt, die ihm von seiner verstorbenen Schwester vermach worden waren.

Das doppelköpfige Kalb

Am gleichen Tage ereignete sich ein sehr eigenartiges, ein- oder zweiköpfiges Kalb, das sich bei einem Mann in Liebau (Nadener Gebiet) brachte eine Kuh ein Kalb zur Welt, das vier Vorderbeine, zwei Hinterbeine, zwei Köpfe und zwei Schwänze hatte. Auch die meisten inneren Organe waren doppelt vorhanden. Kuh und Kalb wurden geschachtet worden. Der Mann, der es brachte, ist in die Reichsbank in Berlin wurde ein vollständig ausgemergeltes Kalb mit zwei Köpfen und vier gebundenen Augen geboren.

Von Käse verschüttet

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich in einer Käsefabrik in der Nähe von Döln. Durch Ueberlastung brach ein großes Regal mit 28 000 Käse in sich zusammen. Dabei wurden drei Arbeiterinnen verschüttet, eine von ihnen ernst erkrankte Verletzungen.

Das Opfer der „fremden Zungen“

John Miller, der Führer der amerikanischen Sekt „Fremde Zungen“, ist wegen vorläufiger Lösung seiner Mutter zu lebenslänglichem Zwangsarbeit verurteilt worden. Der Bruder und ein dritter Mann wurden ebenfalls zu 21 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Mann, der im März von 8. Februar dieses Jahres während einer religiösen Orgel in der Kirche des Sektensführers erklärte während der Gerichtsverhandlung immer wieder, daß ein vom Mann diese Rede sein könne, sondern daß seine Mutter, zu ihrem eigenen Belieben, Gott geopfert worden sei.

eines gewaltigen Todes geflohen. Als sich der Stein in dem Kopf der Familie Maclean befand, ist der älteste Sohn von einem Auto überfahren und getötet worden.

Gefährlichen Ingenuen der Tropen

Die schändlichen Ingenieure Dr. Titowitsch und Ruffel haben ein Verlangen zur Gefrierung von Milch erlassen, das nur allem für die Tropen, wo die Gefrierhaltung der Milch ein bisher ungehörtes Problem war, von größter Bedeutung ist. Die Gefrierbehälter bereits ihren ersten Betrieb über die Erfindung eines Milchmischers mit der inoffiziellen Stadt Stadt bei Bombay abgeschlossen. Das Werk soll täglich 300 Liter Milch verarbeiten. Die Maschinen werden von der schändlichen Maschinenfabrik R. Kull geliefert. Verträge mit der Gefrierfirma, die in Bombay angefertigt wurden, haben zu ausgezeichneten Ergebnissen geführt.

Bankett mit Lutschpfropfen

Ein französischer Verband ehemaliger Flieger gelangt kürzlich von der Veranstaltung eines Banketts seinen Mitgliedern folgende Mitteilung: „Dienagen, die seit dem letzten Jahr Kinder bekommen haben, können sie mitbringen. Wir versichern Ihnen im voraus, daß das Bioten alle Wirtin, Wirtin, Lutschpfropfen, Lutschpfropfen, Lutschpfropfen, Lutschpfropfen, Lutschpfropfen, Lutschpfropfen, zur Verfügung steht. Die Milch wird auf Verlangen abgetötet.“

Zwischenfall auf der Hochzeitreise

Im D-31g Berlin-Stuttgart hatte ein junges Berliner Ehepaar, das sich auf der Hochzeitreise nach Weimar befand, im Schiffsraum zwei Wäse befestigt. Während des Anfahrens erging sich der Chemann in Schlagschlag für kurze Zeit in einem anderen Wagen, der, ohne daß er es bemerkte, in Überlegen abgehängt wurde. Die ahnungslose Frau wurde des Verlustes ihres Mannes erst gewahr, als sie auf Grund eines Zeitraumes des abgehängten Gottes kurz vor Seibitzorn gestand und um Auslieferung beantragt wurde. In einem tollen Drunter und Drüber griff sie nach ihren Kleibern, nahm noch die Kleiderbehälter ihres Gatten auf den Arm und gelangte gerade noch zu Seibitzorn des Gutes auf den Seibitzorn. Der Chemann, der bald

Arbeit durch Straßenbau

Das Zeitalter des Kraftverkehrs

Die Neuzeit hat einen gigantischen Ausbau der Verkehrswege gebracht. Die Zeit des Merkantilismus stand im Zeichen großer Kanalbauten, das „bürgerliche Jahrhundert“ überzog die Welt mit einem Netz von Schienenwegen, und schließlich das Zeitalter der Eisenbahnen und der Automobilisierung — die lange vernachlässigten Landstraßen ausgebauten. Dieses Riesensprogramm soll nach den Worten, die der Kanzler aus dem Tempel der Reichstag vor dem Reichstag überbrachten, sondern in absehbarer Zeit verwirklicht werden.

In der Tat ist der Ausbau der Straßen eine wichtige und zugleich dringliche Aufgabe für Deutschland. Sie zeichnen sich durch ein enghesiges Netz von Wegen, aber der überwiegende Teil ist den Ansprüchen, die der moderne Kraftverkehrsverkehr an die Straße stellt, nicht gewachsen. So waren die Straßen im Jahre 1929 nicht nur hinsichtlich der Straßen mit einer wasserbindenden Schotterdecke überzogen, also völlig ungenügend befestigt. Inzwischen mag dieser Mangel beseitigt worden sein, eine wesentliche Besserung ist jedoch nicht eingetreten. Hinzu kommt die mangelnde Breite zahlreicher Straßen, die zur Folge hat, daß tiefe Wagenpuren entstehen, unnötige Unwege, gefährliche Kurven, unübersichtliche Kreuzungen, mangelnde Schienenwege, kurz, der Zustand der Straßen erschwert und verteuert den Automobilverkehr und behindert damit dessen Ausbreitung, auch wenn das deutsche Volk überhaupt der Meinung ist, als es nach all dem Unglück dieser Jahre nicht ist. Da sich die Regierung die Förderung der Motorisierung zur besonderen Aufgabe gemacht hat, ist es folgerichtig, daß sie den Ausbau der Landstraßen energisch in Angriff nehmen will.

Der Kanzler betont, daß die Durchführung dieses Programms viele Milliarden erfordert. Wir wissen noch nicht, woher man in den nächsten Jahren die nötigen Mittel beschaffen wird, und müssen deshalb, um eine Vorstellung von der Größe der Aufgabe zu erhalten, die hier zu bewältigen ist, auf Projekte zurückgreifen, die in früheren Jahren von sachkundigen Kreisen ausgearbeitet wurden. Diese Projekte sind jetzt noch wertvoller sind, ist selbstverständlich sorgfältig zu prüfen.

Mitte 1930 stellte die „Städtische Gesellschaft für die Finanzierung des deutschen Straßenbaus“ einen Plan auf, der die Investition von rund 45 Milliarden RM vorsah (weiter zurückliegende Projekte mit noch größeren Zahlen wollen wir unberücksichtigt lassen). Die Hälfte der Mittel war vorgesehen für die Straßensanierung, die Hälfte für den Ausbau der Durchgangs- und Anfallstraßen berücksichtigt, der nach den Berechnungen der Städtische Gesellschaft eine weitere wichtige Aufgabe ist. Die Hälfte der Mittel ist für den Bau eigener Automobilstraßen nach Art der Berliner „Avenue“ oder der StraÙe zwischen Köln und Bonn. Der Plan der Städtische Gesellschaft war, daß die Hälfte der Mittel für den Ausbau des Straßennetzes lediglich die Modernisierung des vorhandenen Straßennetzes durch Beseitigung der dargestellten Mängel und den Neubau von Straßen in den Grenzgebieten des deutschen Ostens. Das Wegesystem der neuen Heranziehung angeordnet werden, was bei der Kapitalarmut unseres Volks bedauerlicherweise nicht mit dem entsprechenden Erfolg durchzuführen war.

Der Plan von 1930 mußte bald danach modifiziert werden. Inzwischen war ein freilich nur sehr kleiner Teil des Programms durchgeführt worden (und dieser Teil ist in den Anfangsstadien der Ausführung noch verschiedenen Arbeitsunterbrechungen gewachsen), vor allem aber war das Preis- und Lohnniveau gesunken, und die Technik hatte das Anwendungsbereich erweitert und verbessert, so daß ein billigerer Straßenbau ausgedeutet. So gelang es, ein neues Investitionsprogramm im Betrag von 35 Milliarden RM, das bereits die notwendigsten Anforderungen für die Oststraßenbeschaffung, die im acht bis zehn Jahren durchgeführt sein, also jährlich rund 40 Millionen in Anspruch nehmen. Um den Angriff gegen die Arbeitslosigkeit intensiver zu betreiben, ist im Jahre 1932 zwei Jahrespläne zu verwirklichen, also ausnahmsweise 800 Millionen zu investieren. Diesen Betrag sah man als die Hälfte der Mittel, die im nächsten Jahre mit Rücksicht auf den Verkehr, der nicht durch StraÙensperren lahmgelagt werden darf, sodann im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der Straßeninfrastruktur, die man sich einseitig überbürden darf, wenn man sie nicht nach Beendigung der Sonderkonjunktur einer schweren Krise anheimfallen lassen will, Gesichtspunkte, die sich heute Beachtung verdienen.

Nicht abgeschritten in die genannten Summen war selbstverständlich der Bedarf für die ständige Unterhaltung der Straßen, den man auf mindestens 250 Millionen RM im Jahresdurchschnitt schätzen darf. Die Kosten für die Unterhaltung dieser Bedarf stammen aus dem Jahre 1929; damals sind für Landstraßen und Ortsdurchfahrten insgesamt 810 Mill. RM aufgewendet worden, wovon 315 Mill. auf die laufende Unterhaltung entfielen.

Auch das zweite bescheidene Programm blieb auf dem Papier stehen, und zwar lag, wie es im Spielwort heißt, der Knüppel beim Hebel. Die Mittel für den Ausbau der Straßen sind im allgemeinen auf vier Quellen angewiesen: auf allgemeine Steuererträge (wenn wir auch die Abgabe der Arbeitslosenversicherung, die auf den Einkommen abgaben der Straßenbenutzer in Form von Steuern und Gebühren, auf den indischen und auf den ausländischen Kapitalmarkt. Das Projekt der Studienkommission für die ersten Fassung nach die Inanspruchnahme ausländischer Kredite vorgesehen; die nähere Erörterung dieses Gedankens läßt gegenwärtig überflüssig, weil nicht etwa 200 Millionen, sondern 400 Millionen erforderlich sein würden können. Die Kraftwagensteuer scheiden ebenfalls aus, denn die Motorisierung des deutschen Verkehrs läßt sich nicht durchführen, wenn die Verwendung der Kraftwagensteuer mit möglichst geringen Kosten verbunden ist. In dieser Erkenntnis hat die Reichsregierung bereits vor einigen Wochen verfügt, daß fabrikneu erworbene Automobile von der der Motorisierung der Straßenbau abgaben der Treibstoffsteuer, deren Ausbau aber schon deshalb nicht zweckmäßig ist, weil die Treibstoffe im Interesse der Landwirtschaft ohnehin einen hohen Preis haben; ja, es wäre sogar zu erwägen, ob nicht möglich ist, die Treibstoffpreise zu senken.

Auf welchem der übrigen üblichen Wege die Finanzierung des Straßenbauprogramms durchgeführt werden soll, wird sich in den nächsten Tagen herausfinden. Die Regierung hat den nächsten Umriss des Regierungsplans der Öffentlichkeit mitgeteilt, werden. Man wird aber schon jetzt berücksichtigen müssen, daß der Straßenbau nur einen Teil des Regierungs-

programms bildet; es sind daneben weitere öffentliche Arbeiten, die Mittel erfordern, die nicht nur durch die öffentliche Vorsorge getroffen werden müssen. Bis zu einem gewissen Grade kann sich das Straßenbauprogramm dem Plan der Arbeitsbeschaffung verbinden. Die im Arbeitsdienst Tätigen wurden von jeher in erster Linie mit Erdarbeiten beschäftigt; es ist also denkbar, daß die Arbeitsbeschaffung vor allem zum Straßenbau herangezogen werden. Allerdings werden sie nur ergänzungsweise dafür verwendet werden können, denn der moderne

Straßenbau erfordert zum Teil hochqualifizierte gelehrte Arbeiter. Es werden also nicht nur die öffentlichen Straßen, eine besonders arbeitsintensive Beschäftigung sei. Nach sorgfältigen Berechnungen lösen sich nur etwa 10 bis 20 pCt. der Baukosten in Löhne auf, und zwar einschließlich der Löhne, die bei der Herstellung und dem Transport der Baustoffe erforderlich sind. Dabei ist in erster Linie an die Steinbrüche und an die Zerkleinerung gedacht, was so sehr bei allem, was in organisatorischer Hinsicht fabrikation, da Betonstraßen bisher nur ausnahmsweise gemacht werden.

Bankierverband unter neuer Führung

Mitarbeit am Zinsabbau

Die gestrige außerordentliche Generalversammlung des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankierverbandes, die einen Rekordbesuch anwies, beschloß einstimmig und debattierten, durch eine Reihe von Satzungsänderungen die Gleichstellung dieser Spartenorganisation vorzunehmen. Dr. Ott (C.F.A. Fischer) (Reichsminister für Reichswirtschaft) der als Nachfolger Dr. Füllmachers das Präsidententum des Bankierverbandes übernahm und der dem scheidenden Präsidenten sowie insbesondere dem zurücktretenden Geschäftsführer, Reichsminister für Reichswirtschaft Dr. Fischer, die Arbeit ansprach, begründete ausführlich die verschiedenen Satzungsänderungen. Er führte u. a. aus:

In Zukunft wird sich der Bankierverband nicht nur die Vertretung des deutschen Bank- und Bankierverbandes angelegen sein, sondern auch die Vertretung der Interessen von Staat und Wirtschaft auf dem Gebiet des Geld-, Kredit- und Börsenwesens wahrzunehmen haben. Mit dieser Erweiterung seiner Satzungsbestimmungen tritt der Bankierverband kein Neuland. Das Bankgewerbe betrachtet es als seine vornehmste Pflicht, bei dem von kraftvollem Nationalbewußtsein getragenen Wiederaufbau Deutschlands in jeder Hinsicht zu unterstützen. Es ist bereit, an einer uneigennütigen, von Sonderinteressen und Sonderinteressen losgelassen sachkundigen Beratung der Regierung hervorzutreten.

Man weiß nur zu gut, daß ohne eine Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der produktiven deutschen Wirtschaft und eine Ermäßigung des jetzt auf ihr lastenden Zinsfußes die deutsche Wirtschaft nie der Verlockung best. Pflichtigste Behandlung nicht nur der Schuldner sondern auch der Kreditoren und vor allem der Spar- und Wertpapierbesitzer mit dem das Leitmotiv im künftigen Aufgabenkreis der Bankiers bilden. Nur so wird es gelingen, wieder einen leistungsfähigen Kapitalmarkt zu schaffen, der die Kreditkraft aller als Mitglieder des Bankierverbandes, gleichgültig ob groß oder klein, ob im Reich oder in Berlin, zu gleichberechtigter sachlicher Mitarbeit auf-

Nachdem die Versammlung die satzungsmäßige Beschränkung des Verbandsaussschusses auf höchstens 65 Mitglieder beschlossen hatte — unter ihnen befanden sich 1929 ein Betriebsrat und ein Mitglied des Dr. Max von Schinkel zum Ehrenmitglied des Verbandes ernannt worden war, hielt Dr. Fischer als neuer Präsident des Bankierverbandes gewissermaßen seine Amtseinführungsvorträge.

Er sprach die Hoffnung aus, daß nunmehr die erselnte Stabilisierung der politischen Verhältnisse und die Freimachung

der Wirtschaft von parteipolitischen Einflüssen endlich erreicht worden sei. Aber gerade die Zukunft wolle anders und größere Anforderungen und Aufgaben an den Bankierverband als bisher stellen. Dr. Fischer unterstrich den Wunsch, daß die Banken stärker als früher bei der Herstellung und Entscheidung der Regierung zu Rate gezogen werden. Innerhalb des Verbandes gelte es vor allem, die Selbstverwaltungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken. Es müsse mehr, als bisher, in organisatorischer Hinsicht geschehen, Rücksicht auf das persönliche Moment genommen werden.

Zu den dringlichsten Aufgaben des Bankierverbandes gehörte das Problem der organischen Zinsenkung. Dr. Fischer kündigte an, daß in einer unmittelbaren nach der Generalversammlung stattfindenden Vorstandssitzung ein engeres Gremium unter Heranziehung von Männern der Wissenschaft gebildet werden soll.

Die Dringlichkeit des Zinsproblems wurde sodann von Ingenieur Werner Dalt, Lübeck, der im Auftrage der NSDAP. künftig an hervorragender Stelle im Bankierverband tätig sein wird, eingehend dargestellt. Er unterstrich, heute gelte es leider noch, so führte er aus, als verantwortl. Geld auszuliehen, als es zu produktiver Arbeit zu verwenden. Mit der Aufhebung der staatlichen Zinsbegrenzung und dem freien Betrieb der Zinsen, die als Hauptgrund für die unnatürlich hohen Zinsen bezeichnet, müsse aufgegeben werden. Das gleiche gelte von dem überaus ungenutzten Tarifsystem bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken.

Aber auch die Aufhebung im Bankgewerbe sei mit schuld an der unerfreulichen Zinsentwicklung. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Bankgewerbe von sich selbst aus die Mittel finden werde, die Zinsen zu senken, da nur dadurch die erstrebte Zinsenkung auf organischem Wege erzielt werden könne. Dabei dürfe nicht, wie früher, auf halben Wege haltgemacht werden. Obwohl bei gutem Willen zu erreichen sei, habe das Beispiel der Deutschlandskasse gezeigt, daß es möglich war, den Zinsauschlag zu halbieren. Es sei selbstverständlich, daß man auch bei der Neugestaltung des Zinswesens sowohl an der Zinsbegrenzung als auch an den Pfandbriefzinsen nicht vorbeiziehen könne. Sobald das Bankierverbot abgefallen wird, um den Boden für einen allgemeinen Zinsabbau zu ebnet, wird die Reichsbank mit einer Diskontomassenkämpfung.

Dr. Fischer versprach, daß diese Gedanken bei den Zinsberatungen des Bankierverbandes eine bedeutsame Rolle spielen werden, und betonte in seinem Schlußwort, daß er nun eine neue Aufgabe vor sich sehe, die er möglichst auf dem besten Wege zu dem erstrebten Ziel eines niedrigen Landeszinssfußes führen kann.

Wieder Lorenz-Verlust

Die Verwaltung der C. Lorenz AG, die der Standard Elektrizitäts AG. angehört, ist mit, daß die Gesellschaft im Geschäftsjahre 1932 einen Betriebsverlust von 1.500.000 RM erzielte. Zur Wertberichtigung des Warenbestandes waren jedoch 706.000 RM, für außerordentliche Abschreibungen auf Warenvorräte 628.000 RM, auf Beteiligungen und Rückstellungen für Verluste der Tochtergesellschaften, 755.000 RM und auf Forderungen 281.000 RM, zusammen also 2.370.000 RM erforderlich, so daß das Jahr mit einem Verlust von 832.000 RM abschließt (i. V. 1.595 Mill. RM Verlustvortrag).

Die C. Lorenz AG. hat im Berichtsjahr das Rundfunkgesellschaft der Telephonfabrik Berliner AG. und die Fabrikation der Autotelephone in Berlin, die von der Berliner AG. übernommen, dagegen ist das Metzgeschäft der Telmo und das Privattelephon-Geschäft an Mix u. Gonet AG. abgetreten. Der Gesamtertrag betrug im J. 1932, hinter dem grafie betrug etwas über die Hälfte desjenigen des Vorjahres. Der Auslandsumsatz hielt sich auf gleicher Höhe, doch wird infolge der bekannten Schutzmaßnahmen vieler Länder ein Rückgang der Ausfuhr für dieses Jahr erwartet. Das Inlandsgeschäft dagegen zeigt eine erhebliche Steigerung. Unter anderem ist mit dem Kreditverkehr abgeschlossen worden.

Deutsche Kabelwerke dividendenlos. Wie verlautet, hat die Deutsche Kabelwerke AG. in Berlin, die im Vorjahr eine Sanierung durch Zusammenlegung des Stammkapitals im Verhältnis von 2:1 von 10 Mill. auf 5 Mill. RM durchführte, keine Dividende für 1932 ausbezahlt. Von beteiligter Seite wird darauf hingewiesen, daß trotz der weiteren Verschlechterung der Absatzverhältnisse im abgelaufenen Jahr die Gesellschaft in der Lage war, die Dividende auszuschütten.

Beitragssenkung und Leistungsverbesserungen bei der Barmer Ersatzkasse. Mit Wirkung vom 1. Mai d. J. ab hat die jetzt von dem nationalsozialistischen Vorsitzenden Paul W. B. Berlin, gesteuerte Barmer Ersatzkasse eine Beitragssenkung durchgeföhrt, die eine wesentliche Entlastung für die Mitglieder vorsieht. Trotz dieser einschneidenden Maßnahme, die im Jahre 1932 eine Leistungsverbesserung eintrug, ist die entsprechende Leistungsverbesserung eingetroten. Sie schafft neben anderen Vorteilen Erleichterungen bei der Ausrüstung von Zahnersatz und auf dem Gebiete der vor-

beugenden Gesundheitsvorsorge. Darüber hinaus ist noch geringfügige Verbesserungen geplant, die zur weiteren eingehenden finanziellen Prüfung unterzogen werden.

Der Accumulatoren-Abschluß

10 pCt. Bonus neben 12 pCt. Dividende

Dem Aufsichtsrat der Accumulatoren-Fabrik AG., Berlin, wurde der Abschluß für 1932 vorgelegt. Die Bilanz weist nach Abschreibungen von 862.000 (943.000) RM einen Gewinn von 2.456.000 (3.516.000) RM aus. Dieser setzt sich zusammen aus dem Betriebsergebnis von 2.296.000 RM aus Beteiligungen von 2.198.000 RM; ferner steht ein Vortrag von 233.000 (230) RM zur Verfügung.

Der Vorstand schlug vor, aus dem Gewinn 2 Mill. RM für die Verteilung einer Dividende von wieder 12 pCt. auf 20 Mill. RM Stammaktien zu verwenden. Diesen Vorschlag wurde vom Aufsichtsrat zugestimmt. Außerdem beschloß man, die in früheren Jahren angesammelten und veräußerten Reserve, die auf dem Konto zur besonderen Verwendung mit 770.435 RM ausgewiesen wird, 10 pCt. (25 pCt.) als Sonderausstattung der Generalversammlung in Vorschlag zu bringen.

Schlesische Mühlen wieder 6 pCt. Die Schlesische Mühlen AG. hat den Abschluß für 1932 vorgelegt, von dem gedruckt wird, 1932 im allgemeinen bedingten Beschäftigung. Aus einem Bruttoertrag von 1.44 (1.72) Mill. RM, nach Abzug der Ausgaben von 1.016 (1.016) Mill. RM, betrug der Reingewinn von 430 (410) Mill. RM. In neuem Geschäftsjahr lassen, wie die Verwaltung bemerkt, die Beschäftigungsmöglichkeiten zu wünschen übrig.

AFG-Bilanzierung 10. Mai. Wie wir erfahren, hat die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin, die über den Abschluß für das am 30. September 1932 beendete Geschäftsjahr zu beschließen hat, auf den 10. Mai einberufen werden. Die Frage der Sanierung durch Zusammenlegung der Aktienwerte, die vielfach veräußert werden, wird hatten bereits angekündigt, daß namentlich im Hinblick auf die durch die amerikanischen Vorgänge, genauen weltwirtschaftlichen Lage der Welt, die Sanierung zurückgestellt wird. Obwohl das ablaufende Geschäftsjahr einen netten Verlust ergeben hat, sind auch Wertberichtigungen vorgenommen worden sollen.)

